



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Bachtiosin

Telefon: (0221) 22129725

E-Mail: leyla.bachtiosin@stadt-koeln.de

Datum: 14.03.2023

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 28.02.2023, 15:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltok	SPD Liste
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Herr Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Herr Dr. John Akude	CDU
Frau Sigita Gelbach	Auf Vorschlag der SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Isabella Venturini	Volt
Herr Alparslan Babaoglu-Marx	SPD Liste
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Herr Metin Özsinmaz	SPD Liste
Frau Vivian Berhane	
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Frau Carine Weber	Kölner Verbund der Migrantenorganisationen
Herr Ali Esen	Liste GÜVEN
Herr Fardad Hooghoughi	Liberale Vielfalt
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber

Beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	Diakonisches Werk
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Prölß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration

Verwaltung

Frau Christina Boeck	Ausländeramt
Frau Stephanie Ortelbach	Ausländeramt
Frau Heike Kerscher	Amt für Wohnungswesen
Frau Sigrit Ortmann	Amt für Integration und Vielfalt
Leyla Bachtiosin	Geschäftsstelle Integrationsrat - Schriftführung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Frau Katja Hoyer	FDP
Herr Jaroslaw Bak	Grün Offene Liste
Frau Dorsa Billstein	Grün Offene Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Stefan-Lazar Mitu	Offene Liste Orthodoxe Christen Köln
Herr Luca Paglia	Italia Integra
Frau Eugenie Rempel	HEIMAT-Rodina

Der Vorsitzende Herr Kelttek eröffnet die Sitzung.

Nachträglich aufgenommene Tagesordnungspunkte werden vorgestellt:

- TOP 4.3 Anfrage: Aktueller Stand DOMID und Halle 71
 - TOP 4.4 Anfrage: Schnelle Bearbeitung von Visaverfahren nach der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien
 - TOP 5.8 Mitteilung Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln
 - TOP 5.9 Mitteilung Diversität in den städtischen kulturellen Institutionen
 - TOP 5.10 Evaluation der Veranstaltungsreihe zu diversen Gesundheitsthemen durch den Caritasverband der Stadt Köln e.V. (September bis Dezember 2022)
 - TOP 5.11 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der Ukraine
 - TOP 5.12 Sprachen in Köln
 - Zu TOP 6.1 Änderungsantrag zum Antrag Aufarbeitung Corona Maßnahmen
 - TOP 6.2 Antrag: Visaerleichterungen für Erdbebenopfer
 - TOP 6.3 Antrag: Unbürokratische Hilfe und Unterstützung der Erdbebenopfer
 - TOP 6.4 Antrag zur Erstellung von Informationsmaterialien und Durchführung einer Informationsveranstaltung im Kontext des Erdbebens in der Türkei und Syrien
- Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die geänderte Tagesordnung an.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer Schriftführerin für den Integrationsrat
0480/2023

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen

3.1 "Situation in der Ausländerbehörde: Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter"
Beantwortung der Anfrage der SPD Liste / SPD-Fraktion (AN/2015/2022)
0097/2023

Beantwortung einer Anfrage zur Situation in der Ausländerbehörde: Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter
AN/2015/2022

3.2 Anfrage zu WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg
AN/0279/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zur Einrichtung von bilingualen Kitas
AN/0256/2023

Beantwortung einer Anfrage zur Einrichtung bilingualer Kitas (AN/0256/2023)
0634/2023

4.2 Anfrage zur Unterstützung der Polnischen Schule am Generalkonsulat der Republik Polen in Köln
AN/0266/2023

Anfrage von Frau Klimaszewska Golan (AN/0266/2023) zur Unterstützung der Polnischen Schule am Generalkonsulat der Republik Polen in Köln
0621/2023

4.3 Anfrage: Aktueller Stand DOMID und Halle 71
AN/0309/2023

4.4 Anfrage: Schnelle Bearbeitung von Visaverfahren nach der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien
AN/0310/2023

5 Mitteilungen

5.1 Förderprogramm "Im Veedel gegen Corona"
0572/2023

5.2 Berichte zur Situation Geflüchteter
0060/2023

5.3 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prävention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung in 2023
0083/2023

5.4 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
0186/2023

5.5 LSBTI-Aktionsplan: erste Zwischenbilanz
0444/2023

5.6 3. Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
4043/2022

5.7 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2023"
4289/2022

- 5.8 Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln
0355/2023
- 5.9 Diversität in den städtischen kulturellen Institutionen
0375/2023
- 5.10 Evaluation der Veranstaltungsreihe zu diversen Gesundheitsthemen durch
den Caritasverband der Stadt Köln e.V. (September bis Dezember 2022)
0614/2023
- 5.11 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der
Ukraine
0509/2023
- 5.12 Sprachen in Köln
0680/2023
- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6.1 Antrag zur Aufarbeitung Corona Maßnahmen
AN/0275/2023
- Änderungsantrag zum Antrag Aufarbeitung Corona Maßnahmen
(AN/0275/2023)
AN/0333/2023
- 6.2 Antrag: Visaerleichterungen für Erdbebenopfer
AN/0287/2023
- 6.3 Antrag: Unbürokratische Hilfe und Unterstützung der Erdbebenopfer
AN/0312/2023
- 6.4 Antrag zur Erstellung von Informationsmaterialien und Durchführung einer
Informationsveranstaltung im Kontext des Erdbebens in der Türkei und Syrien
AN/0321/2023
- 7 Berichte**
- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)
- 8 Beschlussvorlagen**
- 8.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf
dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemar-
kung Dünwald, Flur 61, Flurstück 1941 - Baubeschluss
1622/2022

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen**

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer Schriftführerin für den Integrationsrat 0480/2023

Beschluss:

Der Integrationsrat bestellt Frau Leyla Bachtiosin zur Schriftführerin und Herrn Andreas Vetter zu ihrem Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen**
- 3.1 "Situation in der Ausländerbehörde: Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter"
Beantwortung der Anfrage der SPD Liste / SPD-Fraktion (AN/2015/2022)
0097/2023**

**Beantwortung einer Anfrage zur Situation in der Ausländerbehörde:
Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter
AN/2015/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 3.2 Anfrage zu WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg
AN/0279/2023**

Es liegt keine Beantwortung der Verwaltung vor.

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 4.1 Anfrage zur Einrichtung von bilingualen Kitas
AN/0256/2023**

**Beantwortung einer Anfrage zur Einrichtung bilingualer Kitas
(AN/0256/2023)
0634/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.2 Anfrage zur Unterstützung der Polnischen Schule am Generalkonsulat der Republik Polen in Köln
AN/0266/2023**

**Anfrage von Frau Klimaszewska Golan (AN/0266/2023) zur Unterstützung der Polnischen Schule am Generalkonsulat der Republik Polen in Köln
0621/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.3 Anfrage: Aktueller Stand DOMID und Halle 71
AN/0309/2023**

Es liegt keine Antwort der Verwaltung vor.

**4.4 Anfrage: Schnelle Bearbeitung von Visaverfahren nach der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien
AN/0310/2023**

Frau Ortelbach stellt sich als neue Leitung der Abteilung Integration im Ausländeramt vor. Die aktuellen Geschehnisse und die Situation in der Türkei und Syrien, machen die Mitarbeiter der Ausländerbehörde auch extrem betroffen. Das Verfahren zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung ist seit letzter Woche optimiert und der Internetauftritt dazu freigeschaltet. Die Nachweise zur Bonitätsprüfung wurden optimiert und reduziert.

Montags, dienstags, donnerstags und freitags können Personen von 08:00 bis 12:00 Uhr im Ausländeramt ohne Termin vorsprechen und den Antrag abgeben. Es erfolgt hier eine erste Sichtung der Antragsunterlagen, jedoch noch keine inhaltliche Prüfung. Die Antragsteller*innen werden informiert, wenn die Verpflichtungserklärung ausgestellt wurde und abgeholt werden kann (flexibel und ohne Termin zu den oben genannten Öffnungszeiten). Alle diese Informationen finden sich auf der Webseite der Stadt Köln unter dem Stichwort „Erdbebenhilfe“:

<https://www.stadt-koeln.de/service/produkt/verpflichtungserklaerung-nach-68-sowie-66-67-des-aufenthaltsgesetzes>

Gleichzeitig wurde in der Ausländerbehörde ein weiterer Servicepoint für Personen eingerichtet, die vom Erdbeben betroffen sind und entweder zur Unterstützung in die Türkei oder nach Syrien reisen möchten (Dokumente sind jetzt noch nicht mehr gültig) oder sich mit einem Visum in der Stadt Köln aufhalten und nicht zurückreisen können. Hier kann das Visum verlängert werden, eine Fiktionsbescheinigung erteilt oder eine Bescheinigung ausgestellt werden. Der Servicepoint ist derzeit dienstags und donnerstags von 08:00 bis 12:00 Uhr geöffnet. Näheres hierzu auf der Internetseite: <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/auslaenderrecht-integration-interkulturelles/erdbeben-der-tuerkei-syrien-2023>

Frau Ortelbach weist zudem auf eine Infoveranstaltung für die Ehrenamtsorganisationen, eh-

renamtlichen Berater und Migrationsberatungsstellen hin. Die Terminliste wurde über das Amt für Integration und Vielfalt in die Unterstützerlandschaft gegeben.

Das Ausländeramt trägt einige Punkte mündlich vor – eine schriftliche Beantwortung folgt zur nächsten Sitzung.

5 Mitteilungen

5.1 Förderprogramm "Im Veedel gegen Corona" 0572/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Berichte zur Situation Geflüchteter 0060/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prävention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung in 2023 0083/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik 0186/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 LSBTI-Aktionsplan: erste Zwischenbilanz 0444/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6 3. Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 4043/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.7 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2023" 4289/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.8 Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln 0355/2023

Der Vorsitzende Herr Keltek lobt die Verwaltung, auf Anregung des Integrationsrates das Thema aufgegriffen und umgesetzt zu haben. Die zweitgrößte in Köln gesprochene Sprache Arabisch werde hier noch vermisst, und hoffentlich demnächst ebenfalls aufgenommen.

RM Herr Rudolph fragt nach, mit welcher Software das Übersetzungspool realisiert werde.

Der Vorsitzende Herr Keltek informiert, die technische Umsetzung erfolge mit DeepL, es sei ein Unternehmen aus Köln.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.9 Diversität in den städtischen kulturellen Institutionen 0375/2023

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet den AK 1 und Leiter Herr Karaman sich mit der Vorlage ausführlicher zu beschäftigen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.10 Evaluation der Veranstaltungsreihe zu diversen Gesundheitsthemen durch den Caritasverband der Stadt Köln e.V. (September bis Dezember 2022) 0614/2023

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet den FAK 4 sich mit dieser Mitteilung zu befassen, hier gehe es um ein wichtiges Thema zu Gesundheitsthemen.

RM Herr Lorenz informiert, dass aufgrund der kurzfristigen Aufnahme seine Fraktion sich mit den Mitteilungen unter TOP 5.10 nicht beschäftigen konnte, und bittet diese für die nächsten Ausschüsse auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Vorsitzende Herr Keltek nimmt den Wunsch auf, die Mitteilung wird nochmal vorgelegt.

Die Behandlung der Mitteilung wurde zurückgestellt.

5.11 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der Ukraine 0509/2023

RM Herr Detjen erinnert sich daran, dass das Auszugsmanagement insgesamt um eine Stelle erhöht wurde, aber dass die Stelle sich jetzt um die ukrainischen Geflüchtete kümmern, sei ihm neu. Er fragt, ob dies so seitens der Politik beschlossen wurde.

Des Weiteren fragt er ob es nicht sinnvoll sei, aufgrund der angespannten Situation, die Stelle zu entfristen.

Die Verwaltung, Frau Kerscher, informiert, zu 1) es habe eine Initiative aus der Politik gegeben, mit dem Hinweis an die Verwaltung, auf die Situation in der Ukraine zu reagieren. Daraufhin habe es einen Beschluss gegeben, über eine befristete Zusetzung einer zusätzlichen Stelle, da sich sehr viele Menschen ans Auszugsmanagement gewandt haben und Wohnungsangebote speziell für die Geflüchtete aus der Ukraine unterbreitet haben. Die Stelle wurde bis Mai 2023 befristet eingerichtet.

Zu 2) Zur Frage nach der Befristung, plane die Verwaltung nach der Sommerpause einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen, in dem es um die Aufstellung des Auszugsmanagements insgesamt gehe.

IRM Herr Edis weist darauf hin, dass es nicht förderlich sei, wenn man auf die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt verweise und die Stelle mit dieser Begründung abbaue. Vor diesem Hintergrund wünscht Herr Edis, dass die Verwaltung ein nachhaltiges Konzept insbesondere auch bzgl. des Personalschlüssels vorlege. Die Tätigkeit sei eine sehr herausfordernde und dafür brauche es geeignete Ressourcen, damit die zu vermittelnden Personen auch am Ende davon tatsächlich profitieren.

Herr Pröhl ergänzt, dass der damalige Ratsbeschluss die Überschrift „Stärkung des Auszugsmanagements“ getragen habe und Mittel für eine Stelle zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Mittel wurden gedrittelt und jeder Träger habe etwa 20.000 Euro bekommen, um das Auszugsmanagement mit Verweis auf die ukrainischen Geflüchteten zu stärken. Es sei nicht so gewesen, dass eine Stelle nur für die Ukraine zuständig sein sollte und die anderen nicht.

Die Verwaltung, Frau Kerscher, bestätigt, dass das Auszugsmanagement eine wichtige Aufgabe erfülle und gemeinsam geschaut werden müsse, wie dieses künftig auszustatten und aufzustellen sei. Hierzu folge nach der Sommerpause ein entsprechender Vorschlag.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.12 Sprachen in Köln 0680/2023

Der Vorsitzende Herr Kelttek stellt die Mitteilung zu den meist gesprochenen Sprachen in Köln vor, zu den ersten vier gehören Türkisch (91.000), Arabisch (43.000), Polnisch (38.000) und Italienisch (28.000). Das seien die offiziellen Sprachen, die nationalen Amtssprachen sind, wobei darunter auch viele andere Landessprachen fallen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

6.1 Antrag zur Aufarbeitung Corona Maßnahmen AN/0275/2023

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 7 Enthaltungen.

**Änderungsantrag zum Antrag Aufarbeitung Corona Maßnahmen
(AN/0275/2023)
AN/0333/2023**

Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller Herr Özküçük zurückgezogen.

**6.2 Antrag: Visaerleichterungen für Erdbebenopfer
AN/0287/2023**

IRM Herr Edis stellt den Antrag der GOL vor. Das Thema Erdbeben in Türkei und Syrien beschäftige alle seit Wochen. Der Antrag behandle im Fokus das Thema Visaerleichterungen, denn hier bestünden viel zu hohe bürokratischen Hürden und die Bundesregierung habe angekündigt unbürokratisch Hilfe zu leisten. Die Kriterien für eine Visabeantragung können nicht von allen Menschen erbracht werden, denn wer sich aus einem einstürzenden Haus retten könne, der denke nicht in erster Linie an seinen Reisepass oder an seine Papiere, sondern sei froh, am Leben zu sein. Es gehe darum, dafür zu sorgen, das Wort „Visaerleichterungen“ ernst zu nehmen und mit Inhalten zu füllen.

Die Menschen, in dem Falle, die direkten Angehörigen, verpflichten sich für ihre Familienangehörigen für die gesamten Kosten ihres Aufenthaltes in Deutschland aufzukommen. Dies sei auch eine enorme mentale Belastung für die aufgenommenen Angehörigen. In solchen Situationen, wenn der Bruder, die Tante, der Onkel, die Nichte vor dem Nichts stehen, wollen die Menschen helfen. Deshalb habe GOL den Antrag auf den Weg gebracht damit, 1. hier in Köln im Schulterschluss mit der Verwaltung, aber auch mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell und unbürokratisch Informationen zugänglich gemacht werden. Dies sei in der Zwischenzeit geschehen und das sei sehr gut. 2. die Informationen mehrsprachig angeboten und barrierefrei gestaltet werden – auch das sei bereits geschehen. 3. gegebenenfalls auch Sprechstunden über die Beratungsangebote hinaus einzurichten. Hier sei es wichtig, mit den Interkulturellen Zentren, mit den Integrationsagenturen, mit dem Kölner Flüchtlingsrat und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die den Kontakt zu den Menschen haben zusammen zu arbeiten. 4. sei dies keine Aufgabe, die in ein – zwei Monaten gelöst werden könne, und das Thema werde uns noch Jahre begleiten. Deswegen sei es wichtig, sich darauf auch perspektivisch einzustellen, dass das Thema nicht mit 4-5 Terminen erledigt werden könne. 5. das Thema der Transparenz und dass die Ausländerbehörde auf ihren Webseiten die Ansprechpartner*innen und die Telefonnummern sichtbar mache, damit man sich direkt an sie wenden könne.

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet in diesem Zusammenhang darüber, vor 10 Tagen mit Frau Oberbürgermeisterin an einer Veranstaltung des Malteser Hilfsdiensts teilgenommen zu haben. Hier habe eine Mitarbeiterin zum Erdbebengebiet berichtet und dabei Begriffe „apokalyptisch“ und „Schutt und Asche“ benutzt, die auch hier ausdrücklich zu unterstreichen seien. Es handle sich um ein Gebiet von der Größe der Bundesrepublik Deutschland, das in Schutt und Asche gelegt worden sei, so dass man sich das Ausmaß dieser Katastrophe in Deutschland überhaupt nicht vorstellen könne. Der Wiederaufbau dieses Gebietes werde nicht in zwei oder fünf Jahren abgeschlossen werden, sondern mindesten zwischen 10 bis 20 Jahre dauern. Er möchte an dieser Stelle ausdrücklich die Unsensibilität der Bundesregierung ansprechen, denn die genannten Visabestimmungen und -erleichterungen stimmten nicht mit der Realität überein. Dementsprechend habe der Landesintegrationsrat einen offenen Brief an den Bundeskanzler, den Innenminister und die Außenministerin verfasst. So wie erfreulicherweise den Schutzsuchenden aus der Ukraine entgegengekommen worden sei, hätte er in diesem Fall eine entsprechende Reaktion der Bundesregierung

erwartet. Es seien über 20 Millionen Menschen betroffen und davon würden vielleicht ein paar Tausend nach Deutschland kommen. Dass man hier so kleinlich sei, sei nicht akzeptabel. Herr Kelttek regt an, das Thema Unterstützung der Erdbebenopfer auch in der kommenden Sitzung des Integrationsrates auf die Tagesordnung zu nehmen. Da er selbst aus dem Land stamme, habe er oft Hemmungen Themen, welche die Türkei betreffen, auf die Tagesordnung zu setzen, hier gehe es aber um eine Jahrhundertkatastrophe. Sein Wunsch sei, dass die europäischen Partner und auch die Bundesrepublik und die Stadt Köln sich hier auch entsprechend verhalten. Herr Kelttek berichtet, dass in der Koordinierungsrunde der Vorschlag gemacht wurde eine Koordinierungsstelle zu schaffen, um genauer zu schauen, was hier als Stadt Köln gemacht werden könne. 10% aller Menschen, die in Köln leben, kommen auch aus den betroffenen Ländern Türkei und Syrien, die einen Anspruch darauf haben emotional und menschlich richtig und gleichberechtigt behandelt zu werden. Menschen, die ihre Wohnungen und Häuser, die alles verloren haben, sollen nun Unterlagen wie Pässe und andere Papiere vorlegen, Verwandtschaftsbeziehungen im Generalkonsulat nachweisen usw. Hierfür müssen sie weite Strecken fahren, um etwa die Regionen zu erreichen in denen es ein Generalkonsulat gibt. So eine politische Ignoranz habe er selten erlebt. Herr Kelttek bittet um Entschuldigung für seine emotionale Reaktion, aber er sei in diesem Fall auch persönlich betroffen.

RM Herr Detjen fragt, warum in diesem Fall, die türkischen, syrischen und kurdischen Menschen nicht wie Kriegsflüchtlinge behandelt werden. Die Bilder aus der Ukraine und aus den Erdbebengebieten Syrien und Kurdistan seien im Prinzip gleich. Häuser sind vernichtet, Menschen sind umgekommen. Man hätte sich gewünscht, dass die Bundesregierung hier anders reagiert und Möglichkeiten wie z.B. die Abgabe von eidesstattlichen Erklärungen entwickelt hätte. Deshalb werde der Antrag befürwortet.

Das beratende Mitglied Herr Prölß schlägt vor in dem Beschlusstext auch Erdbebenopfer aus Syrien zu nennen. Für diesen Personenkreis gebe es eine kleine Visaerleichterung, da beim Ehegattennachzug auf den Nachweis der Kenntnisse der deutschen Sprache verzichtet werden könne. Gleichzeitig solle überlegt werden bzgl. einer Verfahrensbeschleunigung die Landesregierung in Düsseldorf anzusprechen. Herr Prölß beschreibt seine Verärgerung darüber, dass es faktisch kaum eine Erleichterung für die Erdbebenopfer gebe. Vielleicht könne sich der Integrationsrat, die Stadt Köln, oder der Rat dazu auch mal äußern und an die Bundesregierung appellieren, tatsächliche Visaerleichterungen herzustellen.

IRM Hooghoughi habe mit großer Begeisterung diesen Antrag gelesen, und erinnert, dass festgestellt wurde, was die meisten gesprochenen Sprachen der migrantischen Community in Köln sind, nämlich es seien mit 21% vor allem Menschen, die Türkisch sprechen. Das seien Menschen, die inzwischen seit Generationen hier leben, die ein fester Bestandteil unseres Landes und unserer Stadt seien, die Familienangehörige verloren haben. Herr Hooghoughi berichtet über Freunde in Köln, die Familienangehörige verloren haben, da sei alles weg, alle Häuser der Familie seien Staub. Es seien tausende von Menschen aus Köln betroffen, die Familienangehörige verloren haben. Herr Kelttek habe es bereits erwähnt, wie bei ukrainischen Geflüchteten die eine oder andere Ausnahme gemacht worden sei. Dies sei ein Thema, das ihn immer wieder nachdenklich mache.

RM Herr Lorenz sagt, in Anbetracht der Lage schließe sich die SPD-Fraktion allen drei eingereichten Anträgen an und stimme zu.

RM Venturini unterstützt als VOLT Fraktion den Antrag. Die Bundesregierung sei absolut in der Verantwortung, Maßnahmen zu ergreifen und Hürden abzubauen. Das mindeste, was Köln tun könne sei es, mit Beratungen, Informationsveranstaltungen usw. zu unterstützen.

IRM Herr Özküçük warnt davor, sich in den Details zu verlieren, und plädiert dafür, eine jede Initiative zu unterstützen und zu schauen, dass sie bewirke.

RM Herr Akude schließt sich dem Antrag sowie der angesprochenen Änderung an. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, dass der Umgang mit den Menschen aus der Türkei und Syrien sich sehr unterscheidet von dem Umgang mit den Menschen aus der Ukraine. Er wünsche sich, dass die Verwaltung von kommunaler bis hin zur Bundesebene, sich den Umgang mit den Ukrainer*innen als Erkenntnisgrundlage nutzen, um zu lernen wie man mit Menschen umgehen müsse die vor Krieg und Katastrophen fliehen müssten. Das bestätige die zuvor geäußerten Beobachtungen, dass der Umgang mit verschiedenen Personenkreisen unterschiedlich sei. Es gebe viele Versprechen, konkret verändere sich aber nichts. Als Politikwissenschaftler wisse er, dass Deutschland einen sehr guten Ruf in Sachen Staatlichkeit habe, Staatlichkeit sei nichts anderes als Bürokratie. Jetzt leben wir aber in einer Zeit, wo die Bürokratie nicht mehr nachkomme. Wenn bürokratisch gearbeitet werde, wird es aus menschlicher Sicht hier und da unbefriedigend. Die Bürokratie müsse eingedämmt werden, um unseren menschlichen Verstand in den Vordergrund zu bringen und Probleme zu lösen.

Herr Uellenberg van Dawen glaubt, wichtig sei hier das politische Signal. Dieses müsse von der Oberbürgermeisterin dieser Stadt und dem Rat der Stadt ausgehen, die nämlich deutlich machen könnten, dass die Stadt Köln bereit sei, die Angehörigen der Erdbebenopfer und auch andere Opfer hier in dieser Stadt aufzunehmen. Die Spitze dieser Stadt ebenso wie die Spitze dieses Landes sollten erklären, dass man bereit sei, diese Menschen aufzunehmen, und dass man von der Bundesinnenministerin wie auch der Bundesaußenministerin die gleiche Klarheit und Konsequenz fordere, wie es auch im Fall der Ukraine gewesen sei. Die Hilfe und die Aufnahmebereitschaft für die Menschen aus der Ukraine sollen das Beispiel sein, dem andere folgen müssen. In diesem Sinne bitte er den Vorstand des Integrationsrates und die anwesenden Ratsmitglieder darum, zusammen mit der Oberbürgermeisterin ein klares Signal zu setzen.

Die Verwaltung, Frau Ortelbach, ergänzt in Bezug auf schnellstmögliche Sprechstunden zur Beratung, Abgaben von Verpflichtungserklärungen sowie Aufenthaltstitel, werde die Verwaltung nicht nur von Menschen aufgesucht, die Angehörige aufnehmen wollen, sondern auch von Menschen, die aus dem Bundesgebiet in die Türkei und nach Syrien reisen möchten. Dienstags und donnerstags von 8 bis 12 Uhr sei ein Schalter im Ausländeramt für Visaverlängerungen, Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen, Klebeetiketten für vom Erdbeben Betroffene, geöffnet.

Der Vorsitzende Herr Kelttek weist darauf hin, dass es ein kleiner Beitrag sei, diesen Antrag zu verabschieden, aber damit die Aufgabe nicht erledigt wäre. In der Koordinierungsrunde daher werde weiterhin überlegt, was der Integrationsrat im Sinne der vorgestellten Beiträge noch machen könne. Eine Ergänzung „und Syrien“ werde im Beschlusstext aufgenommen.

RM Herr Lorenz formuliert die Änderung „wir appellieren an die Landesregierung einen Globalerlass zu erteilen für den Familiennachzug aus den betroffenen Gebieten.“

Der Integrationsrat fasst folgenden geänderten Beschluss:

„Die Ausländerbehörde wird gebeten den Beschluss der Bundesregierung Visaerleichterungen für die Erdbebenopfer aus der Türkei **und Syrien** konsequent umzusetzen, bürokratische Hürden abzubauen und Wartezeiten zu vermeiden. Hierzu sollen bei der Bearbeitung und Beschleunigung u.a. auch die interkulturellen Zentren der Stadt Köln, die in Köln ansässigen Integrationsagenturen und der Kölner Flüchtlingsrat der Ausländerbehörde als Expert*innen unterstützend zur Seite stehen, um die Bearbeitung der Fälle zu beschleunigen und mehrmonatige Wartezeiten zu vermeiden. Die

Verwaltung soll ferner prüfen, wie man kurzfristig Personal aufstocken kann und ggf. Beratungstermine auch am Wochenende anbieten kann. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auch schnellstmöglich Sprechstunden zur Beratung und Abgabe von Verpflichtungserklärungen und Aufenthaltstitel für Betroffene ohne Anmeldung angeboten werden können. Diese Sprechstunde wurde erstmals am 15.02.23 von der Dortmunder Stadtverwaltung am Info-Point in der Berswordt-Halle angeboten. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, Ansprechpersonen für die Bearbeitung der Anfragen zu benennen und diese inkl. ihrer Kontaktdaten auf den Seiten der Ausländer:Innenbehörde zu veröffentlichen. **Wir rufen die NRW-Landesregierung und die zuständige Ministerin Josefine Paul auf, die Globalzustimmung für den Familiennachzug nach dem Berliner Modell durchzuführen."**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6.3 Antrag: Unbürokratische Hilfe und Unterstützung der Erdbebenopfer AN/0312/2023

IRM Herr Özküçük stellt die Resolution vor. Sie sei eine Ergänzung des vorangegangenen Antrages. Es höre sich für ihn wie ein Hohn an, dass die Bundesregierung Visa für die Erdbebenopfer erleichtern will, wenn gleichzeitig Hürden für die Angehörigen die nach Deutschland kommen wollen aufgebaut werden.

Der Integrationsrat beschließt folgende Resolution:

„Unbürokratische Hilfe und Unterstützung der Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien

Der Integrationsrat Köln dankt den Kölner Katastrophenhelfer*innen sehr herzlich für ihren sofortigen und gefährlichen Einsatz bei der Suche und Bergung von Überlebenden im Erdbebengebiet und Unterstützung beim Aufbau einer ersten Versorgungsstruktur.

Köln ist eng mit den Menschen in Syrien und insbesondere der Türkei verbunden. Lt. Statistischem Jahrbuch 2021 leben 91.700 Kölner*innen mit türkischer Familiengeschichte und 9.600 Kölner*innen mit syrischer Familiengeschichte in unserer Stadt. Türkeistämmige bilden die größte Einwanderergruppe in Köln und leben zum Teil bereits in der vierten Generation hier. Dies sind zusammen fast 10% der Kölner Stadtbevölkerung!

Die große Solidarität gegenüber den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine hat gezeigt, zu welchen kreativen und unbürokratischen Unterstützungsangeboten unsere Regierung und gerade auch die Kölner Stadtgesellschaft in der Lage ist.

Der Integrationsrat Köln unterstützt die dringende [Bitte des Landesintegrationsrates NRW](#), Erdbebenopfern die schnelle und unbürokratische Einreise zu ermöglichen, denn viele haben Angehörige oder Freunde in Deutschland, die sie gerne aufnehmen möchten. Jetzt gilt es Humanität vor geordnete Einreiseprozedere zu stellen und die schnelle Aufnahme durch Freunde und Verwandte zu ermöglichen. Die jetzt von der Bundesregierung angekündigten Erleichterungen sind leider keine echten Erleichterungen und der katastrophalen Situation der Erdbebenopfer nicht angemessen.

Wir fordern daher die Kölner Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich in Berlin für echte Erleichterungen – wie damals bei den Geflüchteten aus der Ukraine erfolgt – bei einer Aufnahme von Familienangehörigen einzusetzen.

Darüber hinaus bittet der Integrationsrat Köln die Kölner*innen darum die Opfer im Erdbebengebiet durch Spenden an international tätige Hilfsorganisationen wie das

"Bündnis Entwicklung Hilft" und "Aktion Deutschland Hilft" IBAN: DE53 200 400 600 200 400 600 zu unterstützen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**6.4 Antrag zur Erstellung von Informationsmaterialien und Durchführung einer Informationsveranstaltung im Kontext des Erdbebens in der Türkei und Syrien
AN/0321/2023**

RM Herr Lorenz bittet eine Ergänzung aufzunehmen, um auch andere Sprachen zu nennen (aramäisch, assyrisch, kurdische Sprachen), alle Herkunftssprachen des Erdbebengebietes mitzudenken.

Der Integrationsrat beschließt folgenden geänderten Antrag:

„Der Integrationsrat bittet die Verwaltung um

1. das Erstellen von Informationsmaterial **in den Herkunftssprachen der betroffenen Gebiete** für die Beantragung von Besuchervisa und Verpflichtungserklärung für Beratungseinrichtungen und Multiplikatoren,
2. die Organisation einer zentralen Informationsveranstaltung für betroffene Angehörige und Mitarbeiter diverser Beratungseinrichtungen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Es liegen keine Berichte vor.

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Der Vorsitzende Herr Kelttek berichtet, dass auch der Landesintegrationsrat sich sehr intensiv mit der Erdbebenkatastrophe befasse. Es gebe einen Termin mit dem Schulministerium, das sich sehr sensibel bzgl. des Themas gezeigt habe, ein langfristiges Projekt solle dabei vorgeschlagen werden, nämlich (1) eine Empfehlung für die Schulen, Informationsveranstaltungen im Sinne der Hilfe für die Erdbebenopfer durchzuführen. (2) Zudem werde in der Türkei eine Schule gebaut, wobei anschließend ein Schüler*innen und Lehrer*innen Austausch geplant seien.

Der Vorsitzende Herr Kelttek berichtet über Aktivitäten des Landesintegrationsrates.

8 Beschlussvorlagen

**8.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünwald, Flur 61, Flurstück 1941 - Baubeschluss
1622/2022**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünwald, Flur 61, Flurstück 1941 mit Gesamtbaukosten in Höhe von 7,88 Mio. €.

Die Umsetzung erfolgt nach den rechtlichen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes. Der Neubau umfasst eine Photovoltaikanlage, Dach- und Fassadenbegrünung, Sole-Wärmepumpe und wird im Passivhausstandard ausgeführt.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplanungen auf Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure mit den Leistungsphasen 4 - 9 zu beauftragen sowie die Bauleistungen im Rahmen der vergaberechtlichen Regelungen zu vergeben.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5196 – Neubau Berliner Str. 219a, freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen